

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugsspreite: In Danzig der freie Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. - Postbezug außerdem monatlich 30 Pf. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spindhaus 6. - Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelgenpreis: Die 8-seitige Seite 120 Pf., von auswärts 160 Pf., Arbeitsmarkt u. Wohnungswesen nach bel. Tarif, die 3-seitige Reklameseite 400 Pf. Bei Wiederholung Rabatt. - Annahme bis spätestens 9 Uhr. Eingehauener 25 Pf. - Postabrechnung Danzig 2943. Empfänger: Am Spindhaus 6. - Telefon 3920.

Nr. 212

Freitag, den 10. September 1920

11. Jahrgang

Die Rigaer Verhandlungen bevorstehend.

Die Russen nach Riga.

London, 9. Sept. Reuter. Die russische Delegation in London hat mitgeteilt, daß die polnisch-russische Friedensdelegation sich unverzüglich nach Riga begeben wird. Die lettische Regierung hat Garantien für die Immunität der genannten Mission gegeben.

Absahrt der Rigaer Delegierten Polens am 11. September.

Warschau, 9. Sept. (T. U.) Nach einem Beschlusse des Ministerrates werden sich die polnischen Delegierten am Sonntag, den 11. September, nach Riga begeben. Außenminister Sapieha wird voraussichtlich erst Ende der nächsten Woche nach Riga fahren.

In der Umgebung der Regierung in Warschau hofft man, daß die Verhandlungen nicht lange dauern werden, da die Parteien über die hauptsächlichsten Grundlagen schon einig seien. Diese Grundlagen seien erstens keine Intervention eines der beiden Länder in die inneren Angelegenheiten des andern, zweitens Proklamierung der Unabhängigkeit der Ukraine.

Nach diesen Meldungen scheint die Rigaer Konferenz nunmehr doch bald zusammenzutreffen zu können. Vorausgesetzt, daß nicht noch neue Schwierigkeiten eintreten.

Auch in einer havos-Meldung aus Warschau liegt die Bestätigung des bevorstehenden Beginns der Rigaer Verhandlungen. Danach hat der polnische Außenminister in einem Funkspruch an Tschitscherin mitgeteilt, daß die polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien, eventuell des Friedens vom 12. September ab in Danzig zur Abfahrt nach Riga bereit sein werde.

Beschärfung des nationalistischen Konfliktes in Polen.

Nach neueren Meldungen aus Warschau soll das nationalistische Kesseltreiben gegen die Regierung und Pilsudski immer mehr zum Ausdruck kommen. Der nationalistische Vorstoß hat keinen andern Hintergrund, als er bereits in dem von uns vor einigen Tagen gebrachten Artikel des polnischen Militärblattes „Szad i Wojsko (Staat und Heer)“ zum Ausdruck kam, nämlich die Ausnutzung der jüngsten militärischen Erfolge Polens. Gegenüber der Regierung, die für Stärkung und Innehaltung der Londoner Vorschläge eintritt, erstreckt die „Militärpartei“ sowohl nach Osten wie auch nach dem Westen „weitgehendste Sicherung“ der Grenzen. Auch für Danzig hat es wesentliche Bedeutung, welche Richtung sich in Warschau durchsetzt.

Litauen verzichtet auf Suwalski.

Amsterdam, 9. Sept. „Telegraaf“ meldet aus London: Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Litauen seine Ansprüche auf die Stadt Suwalki fallen lassen hat. Weiter meldet das Blatt, daß der Völkerbund eine Erklärung an die Presse gerichtet hat, in der auf die gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen hingewiesen und gejagt wird, in dieser Frage müsse der Völkerbund austreten. Es wird auf die Notwendigkeit eines unparteiischen Schiedsrichters Nachdruck gelegt und auf Artikel 2 des Völkerbundvertrages hingewiesen, in dem die Zuständigkeit des Bundes festgelegt wird.

Polnische Angriffe von litauischen Truppen abgewichen.

Kowno, 9. Sept. (W. B.) litauischer Heeresbericht vom 9. September: An der Front der Mariampoler Truppen griffen gestern die Polen den ganzen Tag unsere Stellungen am Gredzgsee und bei den Dörfern Lagerellen und Grendzki an. Alle Angriffe wurden abgewiesen. In den andern Frontstellen ist die Lage unverändert.

Neben Frankreich auch Belgien gegen Sowjet-Rußland.

London, 9. Sept. Der belgische Ministerpräsident de la Croix erklärte in einer Unterredung mit dem Brüsseler Berichterstatter der „Times“, daß Belgien und Frankreich mit Bezug auf die russisch-polnische Frage derselben Freunde seien. Beide Länder hielten dafür, daß man nach dem Frieden streben müsse. Von einer Anerkennung der Sowjetregierung könne jedoch keine Rede sein.

Annäherung der Oststaaten.

Kopenhagen, 9. Sept. Das lettische Pressebüro meldet unter dem 7. September aus Riga: Gestern wurde die Konferenz der baltischen Staaten in Riga beendet. Die Konferenz sah auf ihrer letzten Sitzung den Beschluss, einen

dauernden Staatsbedollmächtigten-Rat zu errichten, der seinen Sitz in Riga haben soll. Präsident Ulmanis hob in seiner Abschiedsrede hervor, zwischen den feindlichen Staaten sei eine politische Annäherung erfolgt, die als das Hauptergebnis der Konferenz gelten müsse.

Ruhe vor dem Sturm in Oberschlesien.

Breslau, 9. Sept. (W. B.) Die Lage in Oberschlesien ist weiterhin äußerst gespannt. Die Polen sprechen offen aus, daß sie die gegenwärtige Lage nur als die Ruhe vor dem Sturm betrachten. Im Landkreis Oppeln rüsten die Polen für einen neuen Putsch. Ein in Hindenburg am Montag abend verhafteter polnischer Agitator erklärte, daß bis zum 18. d. Wk. sämtliche Deutsche das Abstimmungsgebiet verlassen müssten. Nach einer Mitteilung Kortsanthys sollen sich die Polen Oberschlesiens mit Gewalt bemächtigen. In Boguszyce finden immer noch allmählich heftige Schiebereien statt.

Keine Schwierigkeiten gegen Oberschlesiens Autonomie.

Berlin, 9. Sept. (W. B.) Zu der Erörterung der oberschlesischen Presse über die Frage der Autonomie für Oberschlesien erfahren wir von zuständiger Stelle: Die maßgebenden Stellen im Reiche und in Preußen sind darin einig, daß der Eigenart der oberschlesischen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werden muß. Ferner herrscht Einigkeit darüber, daß es den Oberschlesiern freistehen wird, auf dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege etwaige Wünsche nach einer bundesstaatlichen Ausgestaltung ihrer Zukunft geltend zu machen, und daß der Erfüllung solcher Wünsche keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollten.

Vor der Streikentscheidung der englischen Bergarbeiter.

London, 9. Sept. (W. B.) Der Vollaugsausschuß der Bergarbeiter berief für morgen abend eine nationale Konferenz der Bergarbeiterdelegierten nach Portsmouth, um den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung entgegen zu nehmen. Einer Reutermeldung aus London folge, verließ die Konferenz zwischen den Bergarbeitern und der Regierung erfolglos.

Die italienische Bewegung flaut ab?

Die „Dena“ meldet aus Rom: Alle Nachrichten über die Arbeiterbewegung lassen erkennen, daß die Arbeiter beginnen, der Sowjet überdrüssig zu werden. Man erwartet Ende der Woche die entscheidende Krise, da niemand die Arbeiter bezahlen will. Der „Avanti“ hat sich mit dem Scheitern der Bewegung bereits abgefunden. Inzwischen werden aus Turin und Triest neue Zusammenstöße gemeldet, bei denen 3 Personen getötet und 3 verwundet wurden. Man verlangt im allgemeinen, daß das Parlament von seinem Recht des Zusammentretens aus eigenem Entschluß Gebrauch mache.

Aus Turin wird gemeldet, daß kürzlich zwei Flugzeuge über der Stadt erschienen, die revolutionäre Flugzeuge abwarf. Zwei Militärflugzeuge mit Offizieren stiegen auf, um diese Maschinen zu zerstören. Es stellte sich heraus, daß die Führer der beiden revolutionären Flugzeuge des Fliegens kundige Arbeiter der „Ansaldo-Flugzeugwerke“ waren, die auf diese Weise ihre revolutionäre Propaganda machen.

Die Opfer der Wilhelmshavener Minenexplosion.

Wilhelmshaven, 9. Sept. Bei den Aufräumarbeiten an der Unfallstelle zu Marienfelde sind bisher 15 Tote festgestellt worden, darunter die bereits gemeldeten fünf Feuerwehrleute. Acht Leichen wurden bisher geborgen. Als schwer verletzt sind 12 Personen, nicht 21 zu verzeichnen. Leicht verletzt ist eine Person. Die Aufräumarbeiten sind noch nicht beendet. Es besteht die Möglichkeit, daß noch zwei oder drei weitere Leichen unter den Trümmerstücken liegen. Die Gefahr einer weiteren Verteilung des Staubes ist jetzt beseitigt und die Arbeit darf wieder aufgenommen werden.

Hunderte Todesopfer des Erdbebens.

Paris, 9. Sept. Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Italien 200 Personen bei dem Erdbeben getötet worden und 300 verletzt. In der Provinz Sardinien starb man von mehreren hundert Toten.

Grubenraffall in Oberschlesien.

Breslau, 9. Sept. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Hindenburg: Auf der Concordia-Grube gerieten, als im Untergeschoß ein schlechter Wagen ausrangiert werden sollte, mehrere Förderwagen ins Rollen, rasten mit größter Schnelligkeit ab und überschlugen auf der Strecke mehrere Grubenarbeiter, von denen drei getötet und drei schwer verletzt wurden.

Sozialisierung und Planwirtschaft.

Rob. Schmidt und Wissell.

Der hier schon erwähnte Gutachterband über die Erneuerung des sozialdemokratischen Programms ist dieser Tage erschienen: (Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung. Berlin, Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“.) Seinen vielseitigen Inhalt in Zeitungsaufzügen zu erschöpfen, ist natürlich unmöglich, so daß die Erneuerung und das gründliche Studium dieses Buches den Parteigenossen gar nicht genug empfohlen werden können. Einzelne Artikel sind indes von solcher Wichtigkeit, daß es für die Presse unmöglich ist, an ihnen vorüberzugehen, das gilt ganz besonders von den beiden Aussöhn, die die früheren sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister, Gen. Robert Schmidt und Wissell, geleistet haben, denn sie betreffen das Kernproblem unserer Tage und haben auch für uns Danziger weitgehendstes Interesse.

Gen. Schmidt kommt zu dem Ergebnis, daß als Ziel des sozialistischen Programms die bisherige Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum aufrechterhalten werden muss. Er betont sich also als grundfester Anhänger der Sozialisierung, ohne indes im einzelnen zu sagen, wie das schwierige Werk in Angriff genommen und vollendet werden soll. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Planwirtschaft, von der er sagt:

Ein sehr kompliziertes Gebilde organisatorischer Spannungen, ganz für die Übergangszeit abgeschnitten, tritt uns in der Planwirtschaft entgegen. Die Durchorganisation der Industrien mit allen ihren Spezialfächern, der Zusammenschluß in der Sparte, dem Dachverband, das Einheitsdienst der Unternehmer- und Arbeitervertreterungen macht einem Konstruktionsbüro alle Ehre, ist aber für die Praxis nicht verwendbar. Die Befürworter wollen von einer Zentrale angeordnen, wie und was produziert werden soll, welche Rohmaterialien vom Ausland eingeführt werden sollen und wie sie zu verteilen sind, welche Preise und Löhne festgelegt werden. Dieser wirtschaftliche Teil des Projekts interessiert uns vor allem. Solange wir in der Industrie exportieren, können wir über die Art der Warenproduktion nicht bestimmen, weil der Bedarf im Ausland sehr wechselt, wie nicht vorher zu bestimmen ist und vor allem von der Preislage abhängt. Daneben geben oft politische Einfüsse, Vertragsverhältnisse, eigene Unternehmungen im Ausland u. a. in den Ausgang. Ebenso erscheint der Versuch, den Bedarf für das Land von der Produktionsstätte zu bestimmten vollkommen aussichtslos, weil der Verbraucher der bestimrende Teil ist. Soweit bisher der Rechtsbezug und die Verteilung von einer Zentrale erfolgte — wir haben solche Organisationen —, haben sie nur zu alten berechtigten Beziehungen geführt. Die Beschaffung von Rohstoffen hat lange nicht die Schwierigkeiten bereitet, wie man annahm, der langsame Gang in der Wiedererholung des Landes ist nahezu allein von der geringen Brennstoffversorgung abhängig gewesen. Wäre im Jahre 1919 die Rohstoffaufnahme auf die Höhe vor dem Kriege gekommen, so hätten wir die glänzende Hochkonjunktur gehabt, die Deutschland je gesieht hat. . . . Die Planwirtschaft scheint mir am weitesten vom sozialistischen Programm abzutrennen, sie ist eine mit philanthropischem Schwung vorgetragene, die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung nur an der Oberfläche berührende, schwerfällige, utopistische Organisationsidee.

In einem folgenden Aufsatz über „Die nächste Wirtschaftspolitik“ verteidigt man Genosse Wissell den vom Genossen Schmidt so hart angegriffenen Gedanken der Planwirtschaft. Er führt aus, daß die Novemberrevolution keine sozialistische Revolution war und sein Worms, sondern daß ihr Verdienst sich darauf beschränkt, die feudalistische Herrschaft endgültig gestoppt zu haben. Als Grund dafür führt er u. a. folgendes an:

Auch wenn die sehr maßgeblichen Gründe sozialpolitischen Art außer Betracht bleiben, insbesondere die Tatsache, daß das deutsche Volk auf die Ausbildung einer sozialen Sicherung und auf die sozialstaatliche Ausbildung der Arbeitnehmer angewiesen ist, so war das Proletariat durch mangels theoretischer Erziehung auch sehr hilflos und mangels an sozialen und sozialstaatlichen Erfahrungen technischer, organisatorischer und sozialdemokratischer Art anderer Überseiten des Proletariats, außerstande die Führung der Produktion in die Hand zu nehmen.

Auch heute besteht die Möglichkeit zur unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Radikalisierung durch das Proletariat nicht. Seine Hoffnungen müssen auf das Glück des Erreichbaren zurückgeführt werden. Erreichbar sind besondere Formen und Organisationen der neuen Gesellschaft, die die sozialistische Ordnung im Schilde der kapitalistischen heranreisen lassen. Solche besondere Formen sieht nun Wissell in der von ihm empfohlenen Planwirtschaft. Er handelt sich um ein Provisorium, auf dessen Entwicklungswegen und bei zunehmender Verminderung des Privateigentums die bürgerliche Klasse und ihre Masseninteressen immer mehr dahinschwanden würden, während die Gesellschaft einer immer mehr klassenlose Struktur aushinge. Dagegen aber ist

zum ersten Zusammensetzen von Bourgeoisie und Proletariat notwendig, bei dem das Proletariat immer mehr die Reise fortsetzen werde, um die Herrschaft über die Wirtschaft in ihre eigene Hand zu nehmen. So empfiehlt es den vom Staat geleiteten organisatorischen Zusammenschluss der Prinzipialitäten als den Mittelweg zwischen der freien Wirtschaft, die nicht mehr, und der sozialistischen Wirtschaft, die noch nicht möglich ist. Nach Widerlegung der gegen die Planwirtschaft erhobenen Kermüte im einen führt er zum Schluss zusammenfassend aus:

Dem Standpunkt des Proletariats aus liegt aber die Hauptaufgabe der Planwirtschaft darin, daß sie die hohe Schule des Proletariats in der Wirtschaftskunst darstellt. Ein Kampf bei den Betrieberäten über die Arbeitsgemeinschaften bis zum Reichswirtschaftsrat bietet sie dem Proletariat eine fachliche Ausbildung, welche die Arbeiterschaft als unüblich, zur Sozialisierung ruft" werden wird. Entgegengesetzten Richtungen am diesem Erziehungsweg wird die Arbeiterschaft um Staat die kapitalistischen Rechte in der Wirtschaftsstadt befehligen. Schon die Umbildung der Katholiken in die Katholiken ist ein Zeichen vorwärts zur Sozialisierung. Von der jeweiligen politischen Machtlinie des Proletariats kann es ab in welchem Tempo es ihm gelingt den Staat seiner Richtung in der wirtschaftlichen Gleichheit auf und zurückzuführen.

Das Ausland geht uns auf dem Wege wirtschaftlicher Planwirtschaft schon vor aus. Der englischen Bildungssozialismus und die britische deutlich vorwärts. Und neuerdings geht aus England die Wege zu einer zurück.

Zum Schluss sei ausdrücklich niedergelegt, daß die Planwirtschaft sich durchaus nicht unumstößliche Lösung des sozialen Problems zu geben. Sie ist sich vielmehr völlig bewußt, lediglich eine vorbereitende Tätigkeit des Sozialismus zu sein und ihm im Sinne von Marx die Wege dadurch zu ebnen, daß sie die Dinge sozialisieren will zu machen hilft. Sie stellt auf Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Eigentumsfrage so lange zurück, bis sich, wie sie hofft, aus der organisatorischen Vollendung der Wirtschaft und aus der zunehmenden Einsicht des Proletariats in die wirtschaftlichen Zusammenhänge schließlich die Möglichkeit ergibt mit einem großen Schlag das Eigentum an den Produktionsmitteln aus der privaten in die sozialistische Form zu überführen.

Dies ist in kurzen Zügen das wirtschaftliche Programm einer zu praktischer Arbeit bereiten sozialdemokratischen Partei für die noch vor uns liegende Wirtschaftsperiode. Wir sind nicht mehr in der Lage der Männer von 1891, über den Wirtschaftsbau der Zukunft und die Wege zu ihm nur in abstrakten Sätzen zu reden. Weil wir heute den Weg klarer vor uns haben und weil wir in der verweilenden Lage des Volkes, die der verlorene Krieg gebracht hat, die nicht abgeschlossene Mitverantwortung dafür tragen, daß die noch zu durchbrechende Wege nach dem fürszeitigen Wege in einer des Volkes Kräfte schenenden Weise beendet wird, müssen wir wissen, was wir zu tun haben. Das Ende steht die "Wir" und durch die Gesellschaft betriebene Wirtschaft" mit Überführung des privaten Eigentums in den Produktionsmitteln in das Eigentum von Organen, die die Gesellschaft präsentieren. Der Weg dazu führt über die voraussehbare Arbeitsgemeinschaft von Bourgeoisie und Proletariat in der planmäßig organisierten Wirtschaft. Mit zunehmender Reife wird das Proletariat ein Fort der kapitalistischen Position nach dem anderen erobern bis zur restlosen Überwindung.

Die Einandergegenüberstellung der Ausschüsse Schmidt und Wissels zeigt die ganze Größe des Problems dessen Lösung für die Arbeiterschaft und für die ganze Menschheit von so ungeheurer Tragweite ist. Die Stärke der Wisselschen Position besteht darin, daß uns hier ein klar umschriebener Weg gezeigt wird, während sich Schmidt auf das festhalten am sozialistischen Endziel beschreibt. Ihre Schwäche darin, daß sie unmittelbar kein Ziel gibt, das die Phantasie befriedigt und zu höchsten Willenserfüllungen ansporn, sondern nur eine Summe von organisatorischen Maßnahmen, deren Einzelheiten der Kritik naturgemäß manche Angriffsflächen bieten.

Indes, wenn man sich darüber klar ist, daß es nicht nur die "dazu reisen" Betriebe zu sozialisieren sind, was auch die Unabhängigen nicht bestreiten, so muß man sich auch klar darüber werden, wie die Verbindung zwischen sozialisierten und nichtsozialisierten Betrieben herzustellen ist und welche Uebergangsmaßnahmen für die letzteren in Betracht kommen. Wenn ein unvermitteltes, zusammenhangloses Nebeneinanderleben von sozialistisch und kapitalistisch vermittelten Wirtschaftsgebieten nicht gut denkt und praktisch unmöglich. Es wird die Aufgabe der vom Parteitag zu wählenden Programmkommission sein, die Grenzen der derzeit möglichen Sozialisierungen abzustecken, darüber hinausgehend wird sie dem Problem der Planwirtschaft nicht aus dem Wege gehen können.

Deutschland.

Das wahre Gesicht der oberklöppischen Vorgänge

Zu den oberklöppischen Vorgängen nimmt die in Rati-
matisch erscheinende politische Zeitung „Vorwurf“ wie folgt Stellung:

Der deutsche Putsch kostete sehr viel Stoßtruppten und grünen Polizisten das Leben, und was weiter folgte, die Kapitulation. Sie mußten sich mit dem Schädel absindeln, daß die französischen Truppen auch weiter hier verbleiben, doch es hier weder sozialistische oder kommunistische noch reaktionäre-preußische Regierungen geben wird, und was das wichtigste ist, sie mußten die Polen um Gnade bitten. Der Putsch endete damit, daß die Deutschen auf der ganzen Linie verloren haben. Die Anführer des Putsches stoben nach jenseits der Demarkationslinie, und den zurückbleibenden blieben die Polen die Friedensbedingungen. Diese Bedingungen sind für die Deutschen sehr unbedeckt und schwer.

Wenn es noch eines Beweises für die Lüge habe, daß es die politischen Radikalen gemeinsam sind, die die oberklöppischen Vorkommnisse vorbereitet und ermöglicht haben, so wäre es durch dieses Triumphgefecht des politischen Heikettas gegeben.

10 Millionen für Oberklöppen.

Reichsminister Reichenbach spricht in einem Schreiben an den Vertreter der Reichsregierung in Oppeln, fürst hohenzollern, das diese Rücksicht mit den Opfern der oberklöppischen Ge-
samtlaute aus und teilt mit, daß Deutschland und Preußen, um der zufliehenden Bedrohung zu entgehen, die durch den Tod zweier Gründner und durch zahllose Gewaltszenen überzeug-

ende Familien bereitgestanden ist, zunächst 10 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Die Untersuchung der Breslauer Vorgänge nimmt ihren Fortgang. Es ist gelungen, von den bei dem Sturm auf die beiden Konkurse beteiligten Personen 25 zu verhaften. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hierzu erschöpft, bestätigt sich der Verdacht immer mehr, daß provokatorische Elemente bei den Unruhen ihre Hand im Spiele hatten.

Die so bestimmt verbreitete und in der ganzen deutschen Presse veröffentlichte Nachricht von dem protestierenden Rücktrittsversuch dreier englischer Kreiskontrolloren in Oberschlesien wird von deu einen unter ihnen, dem Major Ottens, nun als unrichtig bezeichnet. Er betrachtet die letzten Schmidtales als Banditenstreiche, die also mit Politik nichts gemein haben. Der Meinung sind wir allerdings auch.

In Lippe sollen die Polen von der einrückenden Abstimmungspolizei verlangt haben, daß sie als Bekennnis ihrer Besinnung politische Freiheit singe. Die Polizisten kamen dieser Aufforderung prompt nach und wurden darauf unter dem Jubel der Polen mit Musik zu ihrem Quartier geleitet. Diese Freunde hätten am folgenden Tage Versammlungen einberufen, in denen sie selbst als Agitatoren für einen Anschluß Oberschlesiens an Polen auftreten. Von einer anderen Hunderttausend wird geschildert, daß 26 polnische Beamte, die noch ihrer Einbildung einer Heimatverbund zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten erhalten hatten, nicht wieder zur Truppe zurückkehrten.

Neorganisation des Sicherheitswesens in Preußen.

Berlin, 7. Sept. (W. T. B.) Heute fand im Ministerium des Innern eine Sitzung statt, in der sämtlichen Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidien und den Kommandeuren der Sicherheitswehr u. a. der Plan über die Neuordnung des Polizeiwesens vorgetragen wurde. Geplant ist: 1. Beseitigung der bestehenden Zersplitterung auf dem Gebiete des Polizeibedienstetenwesens. 2. Erteilung alter Polizeibeamtengruppen. 3. Herstellung einer klaren Behörden- und Beamtengliederung. 4. Schaffung eines festen einheitlichen Polizeidepots, der in geschlossenen Verbänden über den Staat verteilt ist. 5. Beibehaltung der Koordinierung in 12 von den vorgelebten 14 Dienststädten, so daß nur wenig mehr als 10 Prozent der Beamten außerhalb wohnen. 6. Eine den Zugeständnissen der Entente entsprechende starke Bereitstellung, deren Erweiterung übrigens in Aussicht steht. 7. Einheitliche Leitung durch die Oberpräsidenten mit Hilfe eines ihnen zu diesem Zwecke zu unterstellenden Beamtendepots. 8. Schaffung eines besonderen Polizeischulwesens. — Der erste Teil der Neuordnung soll noch vor Ende dieses Monats nach Genehmigung durch das Staatsministerium und die Landesversammlung durchgeführt werden. Die heutige Sitzung ließ die Übereinstimmung der Entschiedenen in allen wesentlichen Punkten erkennen. Eine nochmalige abschließende Stellungnahme soll am 15. September unter dem Vorstoß des Ministers selbst erfolgen. Der Entwurf des neuen Polizeigesetzes ist, wie wir hören, bereits in Bearbeitung und soll in fürszeitiger Frist der Landesversammlung vorgelegt werden.

„Wir gehen nicht in die Sklaverei.“

Luis Zieg gegen Moskau.

Etwas verspätet bringt die „Freiheit“ noch einen Artikel von Luis Zieg zu der Debatte über die 21 Moskauer Unterwerfungspunkte. Mit den allerhärtesten Ausdrücken lehnt Luis Zieg diese Punkte ab. Sie sieht in ihnen „eine brüderliche Kampfansage, ein ungeheuerliches Diktat“, dessen Annahme man nur „Sklavenliebe“ zumuten kann, während freie aufrechte Menschen diese Punkte „zornig oder hohnlachend zurückweisen“ werden. Die Punkte zeigen die „grenzenlose Menschenverachtung“, von der Lenin erfüllt sein muß. Weiter heißt es:

Nicht willkürliche Sklaven der Moskauer, sondern gleichberechtigte Kampfesgenossen wollen wir sein. Wir unterwerfen uns keinem Diktat, woher es auch kommen mag. Das Karabiri überlässt wir den Adligen Japans. . .

Die Bestimmung über den Parteitag wäre die Profanierung eines so unerträglichen Gewissenszwanges, wie er schämmer nicht geübt wurde zur Zeit der Inquisition.

Wenn in der unabhängigen Partei die von Moskau verlangte „eiserne militärische Disziplin“ durchgeführt würde, so würde ein Heer von Heuchlern und Kriechern, von unwissenden Maulwürfen und widerlichen Strebern, aber auch von Demenzionären, großgezogen. Alles geistige Leben in der Partei würde erstickt.

Was wir am Militarismus am tiefsten hassen, das ist, daß er die Persönlichkeit tötet, den Willen lähmt, alles Eigene und Edle im Menschen zerbricht, ihm zum bedingungslosen, blinden Gehorden zwang, das soll nun der Anschluß an Moskau für Männer und Frauen der Partei bringen.

Der Artikel schließt mit dem Ausruf: „Wir gehen nicht in die Sklaverei!“

Was wäre wohl noch vor wenigen Wochen dem Sozialdemokraten passiert, der in einer unabhängigen Versammlung mit ähnlichen Ausdrücken über Moskau gesprochen, den Anschluß an die Dritte Internationale als „Karabiri“ und „Gang in die Sklaverei“ bezeichnet hätte? Er hätte wohl keine Röchen im Schnapsfluch zusammenleben können! — Aber es ist auch interessant, die Ausführungen der Luis Zieg einmal unter streter Berücksichtigung der Tatsachen durchzulesen, daß ein großer Teil der Unabhängigen, nicht zuletzt in Berlin, für die Annahme der 21 Punkte ist. Das Urteil über dieselbe, das in den gleichen Ausführungen mit enthalten ist, dürfte wohl das schwärzlein sein, das jemals von Angehörigen — einstweilen noch — der gleichen Partei über eigene Parteigenossen gefällt worden ist. Nach solchen Sätzen kann die Parteileinheit der U. S. S. R. nur noch als Phantasm angelebt werden.

Ausland.

Thomas Eröffnungsrede auf dem englischen Gewerkschaftskongress.

London, 7. Sept. (W. T. B.) Einer „Telegraf“. Reden, zuerst entwarf Thomas zu Beginn seiner Rede ein pessimistisches Bild über die allgemeine Lage. Er sagt: Der europäische Friede kann nur zustande kommen, wenn alle Sender, die an Krieg teilgenommen haben, bereit sind, den Krieg in einem anderen Felde auszufüllen, als demjenigen, in dem er ausgefochten wurde. Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeiterschaftsregierung der öffentlichen Rei-

nung Ausdruck gegeben und den Wunsch der Staatsmänner bereitstellt hat, die England selbst auf die Gefahr eines Krieges hin in die imperialistische Politik auswärtiger Mächte hineinzuladen. Unsere Gegner wissen, daß unser einziges Ziel war, einen Krieg mit Russland zu verhindern. Bisher ist es uns gelungen, doch die Gefahr ist noch nicht vorüber und kann nicht vorüber sein, solange kein vollkommener Friede mit der russischen Regierung geschlossen ist. Thomas hob dann hervor, daß das Vorhaben bezüglich Russlands keine Billigung des Ratsystems bedeute, und er betonte das Recht des englischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen. Wenn das russische Volk das Sovjetregime wählt, so ist das seine Sache. Thomas stellte weiter die Forderung auf, daß Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben müsse. Zum Abschluß sprach er über die finanzielle und industrielle Lage. Er sagte, der kommende Winter werde wahrscheinlich der schwierigste sein, den man seit Jahren erlebt habe. Tausende seien bereits arbeitslos, und es sei klar, daß das Industrieleben einer Krise entgegenstehe. Es seien Zeichen dafür vorhanden, daß in mehr als einem Zweige der Industrie Schritte getan würden, um die Interessen der Kapitalisten zu konsolidieren. Ich glaube nicht, sagte Thomas, daß die Arbeiter den Kampf um des Kampfes willen wollen. Es ist im Gegenteil umgekehrt. Nicht, nicht einen Konflikt zu provozieren, denn der industrielle Friede ist eben so nötig wie der internationale Friede. Andererseits muß man es sich deutlich klar machen, daß die Aufsicht und Aufsichtspflicht von Jahren, durch die die Arbeiterklasse ihre gegenwärtige Stellung erreicht hat, nicht verloren gehen darf. Wir werden bereit sein, nicht in Gruppen, sondern als Masse jede Herausforderung anzunehmen, die gegen die industrielle Freiheit und unsere wirtschaftliche Emancipation gerichtet ist.

Der englische Gewerkschaftskongress gegen den Militarismus.

Amsterdam, 9. Sept. Einer „Telegraaf“. Meldung aus London zu folge, besuchte sich der Gewerkschaftskongress in Portsmouth erneut mit der Weigerung der britischen Regierung, die russischen Gewerkschaftsdelegierten nach England einzuladen. Sir Robert William brachte eine durch Ben Turner unterstützte Entschließung ein, in der gegen diese Weigerung der britischen Regierung Einpruch erhoben wird. Sie wurde mit allen Stimmen gegen die Stimme von Hevelock Wilson angenommen, der sich dagegen aussprach. Es wurde eine Anzahl weiterer Entschließungen vorgebracht, in denen u. a. gefordert wurde, daß die Regierungsausgaben für militärische und maritime Unternehmungen vollständig aufgehoben werden. Die Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt sei die erste Notwendigkeit; Kriegsschäden müssen bis zu einem angemessenen Betrage genau festgestellt werden. Die internationale Schulden müssen durch den Völkerbund ausgeglichen werden, unter Bedingungen, die vom Bunde festgestellt werden, um verarmte Länder mit Mitteln zu helfen, die sie für ihre Produktion nötig haben.

Englische Aufenthaltsverweigerung russischer Delegationen.

Vor der Ausweisung Kamensow und Krassins.

Paris, 8. Sept. (W. T. B.) Nach einer „Times“-Meldung aus London, ist man im Begriff, Maßnahmen zu treffen, um der wirtschaftlichen Mission Sowjetlands ein Ende zu machen. Die englische Regierung sei entschlossen, die Mission auszuweisen. Sobald Lloyd George zurückgekehrt sei, werde der Beschluß bekanntgegeben, aber es scheine immer noch möglich, daß Kamensow und Krassin freiwillig vorher abtreten.

Wird man zur Einsicht kommen?

Haag, 8. Sept. Laut „Nieuwe Courant“ wird drastisch aus New York berichtet, daß der Universitätsprofessor Erbach, der in Finanzkreisen großen Einfluß besitzt und auf der Konferenz von Spa zugegen war, eine Rede hält, in der er für eine wirtschaftliche und politische Unterstützung der augenblicklich gemäßigten deutschen Regierung eintrat. Er sagt, das sei die einzige Art, um Europa wieder hoch zu bringen, den Untertanen ihre Entschädigungen zu verschaffen und den Bolschewismus abzurütteln. Er sei der Ansicht, daß alle Berichte über die Unzuverlässigkeit der deutschen Regierung unrichtig seien. Die Entwaffnung gehe allmählich vor sich. Die Behauptungen über geheime Munitionsvorräte seien vollständig aus der Luft gegriffen. Das deutsche Volk leide jedoch sehr viel, und daher komme es, daß die Kohlensicherungen noch nicht auf der Höhe seien. Zum Schluss seiner Wünsche erklärte sich Erbach gegen die Auflösung des Deutschen Reiches, da eine solche zu einem Chaos führen würde.

Spaltung der norwegischen Sozialdemokratie.

Von einem gelegentlichen norwegischen Mitarbeiter wird geschrieben: In Norwegen besteht seit Jahren die Eigentümlichkeit, daß die sozialistische Parteiorganisation im Anschluß an die Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut ist. Damit hängt es — bei dem besonderen Charakter der norwegischen Gewerkschaften — vielleicht zusammen, daß die Partei immer mehr von dem Gedanken der direkten Aktion beherrscht wurde, obwohl diese theoretische Überzeugung sich praktisch keineswegs stark geäußert hat. Auf dem Parteitag zu Kristiania hat sich im Jahre 1919 die Partei mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Dritte Internationale entschieden, doch unter Vorbehalt ihres stark antimilitaristischen Programms. Die Folge dieses Beschlusses war die Entstehung einer antibolschewistischen Opposition innerhalb der Partei, die in dem Blatt „Arbeiterpolitiken“ ihre eigene Zeitung hat.

In letzter Zeit scheint die Stimmung für eine vollständige Trennung in der Partei zu wachsen, obwohl es für die Parteiopposition keine leichte Aufgabe sein wird, eine selbständige sozialdemokratische Partei zu schaffen. Seht aber, noch dem Moskauer Kongress, hat „Arbeiterpolitiken“ dies für eine Trennung erklärt, während auf der anderen Seite das offizielle Hauptorgan der Partei „Sozialdemokrat“ seine „Zuständigkeit“ darüber äußert, von den „Konterrevolutionären“ bestreit zu werden. Die organisatorische Trennung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaften ist damit auch Norwegen in greifbare Nähe gerückt.

Der Haushaltspolitik des Schlesischen und Böhmerwaldes gab dem Stadtbüro Schlesien (Deutschland), einen Gelegenheit über das Verhältnis von verdecktem Krieg zu sprechen, die seien drei Führer des deutschen Friedens beschwert worden.

Schlesischbürgermeister Dr. Lautenbach erklärte, dass aus diesen drei Fällen die Sache ausgelaufen war, die Ware ist nicht bezahlt und durch nicht in der Wirklichkeit gebracht werden.

Die Reditkreditanstalt an der Moravischen Post befürchtet werden. Es sind bereits Verhandlungen über ihre Verlegung im Gange.

Die Beratung der Stadt des Gaswerks, des Wasserwerks und des Elektrizitätswerks wurden auf Freitag vertagt.

Am Freitag wurde ein Bericht der Stadt des Gaswerks und des Betriebsleiters über die Wahrnehmung der Spannungen im Winterquartier fertiggestellt.

Die Winterbevölkerung für die vorsichtige Bevölkerung, die ein sozialistischer Antrag forderte, über den mit überwiegendem Heimat haben würden einstimmig abgelehnt.

Hochpreisermäßigungen für Schwerkriegsbeschädigte verlangen ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Der Vorschlag wird beim Freitag mit der Stromfahrt bestätigt und darüber zu hören, daß den Schwerkriegsbeschädigten Rahmenkosten erhöht werden.

Stadt-Baum. Die Behörde begründete die Forderung. Die Straßenbauführung habe zu Verzerrungen zu Verzerrungen geführt, lehne aber eine Erhöhung der Straße ab, eine durchgehende Spur des Reichsstrandes der Reichsbahndirektion bei von der Straßenbauverwaltung voraussehen würden. Die Vertreter der Stadt und ihren Einfluss gewannen wieder an.

Die beiden Abgeordneten (Einsatz) und Dr. Herrmann (Dem.) schieden sich dem Bericht an, der einstimmig angenommen wurde.

Die Höhepreise der Preise

In einem längeren Aussprache. Es wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß der Willkür der Preisrichter ein Ende gemacht werden müsse. Von den Autobusse und den Preisen für die Straßenbahn wurden die Abteilungen über das Ende gebeten. Der Vorschlag, die Antrag auf Regelung der Fahrerlese fand einstimmige Annahme.

Es wurde befürchtet, in verschiedener Art an elektrische Lichtanlagen herstellen zu lassen.

Das Auslanderelektro auf dem Freitag.

Die Befreiung über Neues süddutsche Unternehmen wurde vom Stadtbüro Schlesien (Waldsch.) erfasst. Mit der Errichtung des Industriekomplexes ist der Anfang gemacht für die Entwicklung Danzigs als Auswandererhof. Aufgrund des großen Andrangs haben sich Pächter beworben gemacht in kapitalistische und wirtschaftliche Vergleichung. Die Befreiung der Ueberländer nach Schlesien erfolgt. Es wäre zweckmäßig, wenn das Wirtschaftamt die Verpflegung übernehmen damit dem Schlesischen ein Ende gemacht wird. Der Magistrat möge mit den amerikanischen und polnischen Migranten wegen Lieferung von Lebensmitteln in Verbindung treten. Das Essen ist gut, aber für viele zu teuer. Mit der Leitung des Landes müssen auch Juden und Polen beteiligt werden.

Eine Entlastung des Oberbürgermeisters.

Von allen hier behandelten Fragen ist diese die bedeutungsvollste. Danzig tritt jetzt in Konkurrenz mit den übrigen Auswanderungsbäumen. Es ist höchstens möglich, daß Danzig jetzt mit Polen und in Polen gehen muss, damit der Auswandererstrom auch in Zukunft über Danzig geht. Deshalb sind wir bereit, alles zu tun, um die bestehenden Möglichkeiten zu betonen. In dieser Beziehung wird alles Mögliche getan werden. Schon der normale Auswandererstrom hätte Schwierigkeiten gemacht. Durch die Razzia gegen die Juden trat aber ein ganz gewaltiger Strom ein, jedoch sogar das Maßnahmen im Aufmarsch gewannen werden mussten. Die Organisationsleitung verdient Anerkennung, wenn sich auch Unzulänglichkeiten herausgestellt haben. Die deutsche Zeit ist jetzt vorbei. Es habe eine Konferenz mit österreichischen Behörden und süddutschen Organisationen stattgefunden, um festzustellen, welche Maßnahmen zu treffen. Durch die Verpflegung der Auswanderer darf Danzigs Reparatur nicht leiden. Es ist in Zukunft genommen, daß das Lager hier bestehen bleibt und dem Nachbarstaat gehorchen soll, während es auf dem Lande verbleiben soll.

Stadt-Baum. Der Gesundheitsrat ist auf den sozialpolitischen Maßnahmen des Sozialen Dienstes. Er sollte als Grundlage zur Basis ein großzügiger Kaufmann mit Organisationssinn an die Spitze des Unternehmens gestellt und daß der ganze Bereich auf gemeinsamer Basis zusammengeführt wird, wobei privatrechtliche Interessen vorgehalten werden. Natürlich würden etwa 200 000 Auswanderer Danzig anführen. Oberbürgermeister Pöhlau ist nicht der ge-

eignete Mann für die Sitzung des Rates. Die geforderten Preise sind zu hoch. Die Auswanderer möchten das Gefühl haben, daß sie im Danziger Lager gut aufgehoben sind. Die Versorgung müsse durch ausländische Lebensmittel geschehen. Die Umwandlung des Gelbes könnte auf gemeinsamem Grundsatz durch die städtische Sparkasse erfolgen. Das Personal sei zu umfangreich.

Oberbürgermeister Pöhlau erwiderte, daß die Organisationssleitung außerordentlich geleistet habe und daß dort verdient.

Von der bürgerlichen Stadtverordneten wurde die Verwaltung des Lagers in Schutz genommen und die sofortige Befestigung der Wälle verlangt.

Der Stadtrat Dr. Sebe ging auf die gesundheitlichen Bedrohungen ein und erklärte sie zum Teil als unberechtigt und stark übertrieben.

Um 14 Uhr verließ sich die Versammlung auf Freitag. Zur Beratung kamen die Stadt des Gaswerks, des Elektrizitätswerks und der Wasserwerke, wobei auch die gesamte Achsenversorgung zur Sprache kommen wird.

Aus aller Welt.

Entschluss eines Judenjägers.

Eine entsetzliche Tat vollbrachte in Düsseldorf im Kreise Bonnberg a. W. ein zwölfjähriger Schuhknabe, der vor etwa zwei Jahren dort aufgegriffen und bei dem Besitzer Mille, Nordausbach 11, in Pflege gegeben worden war. Als M. früh die Knabe miette, überließ ihn sein Pflegling und verließ ihn mit einer Art starken Schläge über den Kopf, so daß er blutüberströmte bestimmt wurde. Nun stand ihm der jugendliche Verbrecher die Hände auf dem Rücken zusammen und wandte sich gegen Frau Mille in der Waschküche. Er rüttelte sie am Hals und brachte sie durch einen Fußtritt in den Rücken zu Fall. Dann ergriff er einen Seifenknopf und schlug damit solange auf Frau Mille ein, bis das ganze Gesicht verschwollen war. Um sie am Schreien zu verhindern, klebte er ihr lästiglich den Seifenknopf in den Mund. In diesem Augenblick kam der Arbeiter Kepin darüber, der — durch das Schreien aufmerksam gemacht — in die Waschküche eindrang und dem Schläger sein Opfer entzog. Frau Mille ist derartig zugerichtet, daß das eine Tugend geschah, erscheint. Herrn Mille wurden durch die Schläge mit der Art schweren Verwundungen am Kopf beigebracht. Der zwölfjährige Verbrecher gäb über die Gründe zu der schrecklichen Tat an, er habe von seinen Pflegeltern weggeschafft, weil sie ihn schlecht behandelt. Damit sie ihn nicht verhindern könnten, habe er sie unzählig machen wollen. Der Knabe wurde ins Präzessanatorium gebracht. Dort ist er wieder ausgebrochen. Er verfügte das Fenster in der Zelle und drohte sich durch die nur 21 Zentimeter im Quadrat messende Leistung. Wie er das fertig gebracht hat, ist geradezu schrecklich.

Die Rechte des Heiligen.

In Düsseldorf bei Jungingenau in Böhmen kam es bei der Entfernung einer Statue des heiligen Bernward zu einem Unglücksfall. An dem Tage, an dem sie entfernt wurde, versammelte sich eine große Menschenmenge auf dem Marktplatz. Die Arbeiter, die das Standbild abtragen, ließen die Statue fallen, wodurch ein Arbeiter und ein Kind schwer verletzt wurden.

Großfeuer in Görlitz.

Donnerstag nachmittag entstand auf dem Fabrikgrundstück der von Langenbachschen Maschinenfabrik in Görlitz ein Großfeuer, durch das das alte umfangreiche Nachwuchsgebäude der früheren Eisengießerei und Maschinenfabrik von Heinrich Schäfer sowie eine an ihm angebaute massive Halle vollständig ein Raub der Flammen wurde. Der Verlust ist in einer nur schätzungsweise zu berichtigenden Zahl von allen Modellen, die von den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts an auf den Fabrikstücken lagen, sowie in dem Verlust einer alten Dampfmaschine, die in ihrem ennen Wert fast rund 15 Millionen Mark repräsentierte, zu erläutern. An dem alten nunmehr zerstörten Gebäude war seinerzeit auch der Dichter und Schriftsteller Heinrich Heine jahrelang tätig.

Die Rechnung.

Der Prager Stadtrat beschloß, an den Präsidenten und die Regierung der Republik das Schreiben zu richten, daß alle den Prager Bürgern durch das gleichzeitige Urteil Kaiser Ferdinands I. vom 5. Juli 1547 festgesetzten Güter der Stadt Prag zurückgestattet werden, bevor, daß alle Rechtsbrüder zur Ausführung des ungerechten Urteils und Bekämpfung seiner Folgen ergriffen werden. Soviel es sich um Güter handelt, deren Rückgabe nicht möglich ist, weil sie von anderen Personen in guten Gewissen erworben worden sind, erhebt die Stadt Anrecht auf volle Entschädigung aus dem in der Republik befindlichen Vermögen der Familie Habsburg-Lorraine. — Es handelt sich um eine der Straßen Altwörterrechts gegen die französische und englischen Füchsen.

Unfälle bei der Segelwettfahrt.

Auf dem Müggelsee im Osten von Berlin war am Sonntag eine große Segelwettfahrt, an der sich auch Hamburger und Kieler Segler beteiligten. Infolge einer schweren Regenbündel konnten nicht weniger als acht Boote und trieben zwischen den herbeieilenden Motorbooten und Dampfern gelang es zum Glück, sämtliche Jünglinge zu retten. Dagegen ist ein einzelner Segler, dessen Boot schon vorher gesunken war, schwer verletzt aus dem Wasser gezogen worden, da er mit einem Bein in eine Dampfertreibholze geraten war.

Gegen den Typhus.

Die immer mehr um sich greifende Typhusepidemie in Polen und Osteuropa rückt sich zu einer Gefahr für alle Länder aus. Polen hat im Namen des Volksbundes an verschiedene Regierungen einen Appell gerichtet, um sofort 250 000 Pfund Sterling zu bekommen, damit ein Grundstück geschaffen werde für die 10 Millionen, die notwendig sind, um den Typhus erfolgreich zu bekämpfen.

Explosion einer Lokomotive.

Im Hafen von La Palice (Frankreich) war man damit beschäftigt, eine Lokomotive, die über das Gleise geraten war, wieder an Ort und Stelle zu bringen. Dabei explodierte die Maschine. Viele Arbeiter und mehrere Passanten wurden getötet. Viele Personen wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Der Bassenhauer als Goldgrube.

Der englische Schriftsteller Gilbert Frankau, der neben seinen vielgeliebten Romanen auch eine unzählige beliebte Gassenhauer veröffentlicht hat, äußerte sich jüngst über seine Einnahmen. Darunter geht hervor, daß die Herstellung populärer Bilder eine wahre Goldgrube ist. Während Frankau für seine Romane etwa 8000 Pfund pro Stück bezahlt, bringen ihm die Gassenhauer sehr viel mehr ein, obwohl er den größeren Teil des Verdienstes dem Verleger überlässt muss. „Ihr goldenes Herz wollt über Ihren Rücken hin“, ein überall gesungener und gespielter Schloß, brachte in dem Jahr, da er in Mode war, Verfasser und Verleger 20 000 Pfund. Die Bilder wie „Der Mann, der die Wand von Monte Carlo sprang“, die „Rundhundhund Böhs“ oder „Tarataramundich“ brachten im Jahr viele tausende Pfund. Die Einnahmen aus dem Bild „Königin meines Herzens“ beliefen sich auf 40 000 Pfund in einem Jahr. Auf den Ruhm müssen die Verfasser dieser Gassenhauer-Goldgruben allerdings verzichten, denn wie bei aller „Volkstümlichkeit“ bleibt der Name des Verfassers unbekannt.

Bücherwarte.

Anfänge der Demokratie in England von A. Conrad. In diesem Buche gibt A. Conrad einer lebendigen Übersicht über das Werden der Demokratie in England. Das Werk ist umso wichtiger der Beachtung wert, als die Folgen des Krieges aufzeigen, daß weder staats- noch wirtschaftspolitische Macht- und Zwangsmittel, wie sie von den ältesten Völkerschaften in reichlichem Maße angewandt werden, insbesondere sind, die elementaristische Kräfte, den Freiheitsdrang, zu brechen.

Bezeichnend ist, daß ausgerechnet England annahernd glaubt, die Idee der Freiheit in eine solche der imperialistischen Krampe umwandeln zu können. Nach einem bekannten Wort ist allerdings die Freiheit für England nie Export-Artikel gewesen, und doch sind gerade von diesem Lande im Laufe der Jahrhunderte eine Fülle freiheitlicher Kräfte ausgestromt, und der demokratische Gedanke hat dort von jeher guten Boden und wertvolle Streiter gefunden.

Vortragbuch von Ernst Preysang. In Vortagswillen, an Tonlatten, die gern zur Verhöhnung eines Feindes beitragen, steht es in seinem Arbeiterverein. Nicht immer aber ist geeignetes Material bei der Hand, das dem Tage oder der Stunde entspricht.

Hier soll dieses Buch ausheben. Es ist eine wesentlich vermehrte und überhaupt neu gestaltete Ausgabe der früher im gleichen Verlage erschienenen „Leuchtfeuer“, und enthält jetzt nahezu 100 Beiträge von vierzig Dichtern, darunter natürlich die bekanntesten Arbeiterpoeten. „Kampf und Ernst“ ist die erste, „Humor und Satire“ die zweite Abteilung bezeichnet — vier Worte, die schon darauf hindeuten, daß hier für jede Gelegenheit etwas Geeignetes zu finden ist. Auch das Plaidoyer ist in beiden Rubriken vertreten. Eine Anleitung „Die Kunst des Vortragens“ ist namentlich Anfänger auf diesem Gebiete zum Studium zu empfehlen, wie denn überhaupt jeder, der mit dem Arrangement von Arbeitertreffen zu tun hat, das Buch als Helfer begrüßen wird.

Beide Bücher, die im Vorwärtsverlag erschienen sind, können durch die Buchhandlung „Vollswacht“. Am Spandhaus 6, bezogen werden. Der Preis für das erste beträgt 4 Mark und für das Vortragbuch 2 Mark.

Die Führerberufe eintreten müssen, also Personen, die schon seit Jahren im Staatsleben stehen. Außerdem werden Schüler sein die freien Führer im politischen Leben: Gewerkschaftsführer, Journalisten usw. Deshalb können die Lehrer solch einer Schule auch nicht die Universitätslehrer sein, die ihren Unterricht auf den Bildungsstand junger Studenten eingestellt haben, sondern es müssen alte Staatsmänner sein, Führer des politischen und des wirtschaftlichen Lebens, Männer der Praxis in ihrer Wissenschaft.

Eine solche „Hochschule für Politik“ wird, wie wir erfahren, unter Beteiligung der in Frage kommenden Reichs- und Staatsmänner in diesem Herbst eingerichtet werden. Die Vorbereitungen leitet Prof. Dr. Jäsch, unter den Lehrern wird eine Anzahl ehemaliger Staatsmänner und Minister sein.

Die Sonne ist am Weltkrieg schuld!

Die ebenso unsachliche wie unerträgliche Erörterung der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges hat der französische Edouard Herzenz, der Direktor des Oberatoriums von Paris, durch die verhängnisvolle Offenbarung „Zum Abschluß“ gebracht, daß niemand anders als die Sonne die Verantwortung für den Krieg zu tragen hat. Der Weltkrieg fällt in eine Periode gesteigerter Sonnenaktivität, deren Scheitelpunkt gegen Ende des Jahres 1917 erreicht wurde. Nun ist aber der menschliche Organismus von solcher Sensibilität, daß er sich dem Einfluß der stürmischen Vorgänge auf der Erde nicht zu entziehen vermag. So kann es, daß die Menschen in den Zeiten gesteigerter Sonnenaktivität anstrenglich tragen werden der elektrische Strom, der der Sonne entstehen, ist eben auf unser Nervensystem eine Wirkung aus, die bei besonders empfindlichen Menschen bedenkliche Auswirkungen kann und daneben auch Migräne und neurologische Schmerzen herbeigeführen kann. Unter diesen Umständen darf es allerdings nicht unvermeidlich sein, daß die Erhöhung des Sonneninflusses dazu beigetragen hat, die diplomatische Spannung zu erhöhen, die die Völker in den Abgrund des Krieges gestoßen hat. Auch der Krieg von 1870 ist, wie Edouard Herzenz ausführt, nach einem Maximum der Sonnenaktivität ausgetragen, das schon im Jahre 1867 eingezogen ist. — Das wissen wir.

Kunst und Wissen.

Goppoter Stadttheater.

Karl Schönheit: „Weibertitel“.

Auch dieser „Weibertitel“, so gut und so leicht Schafe von Schönheit sind, ist eben eine große Künstlichkeit in der man, logisch denkend, auch nicht weiter führt, wenn noch fünf Aktie legen. Vielleicht wäre man weniger verlegt, wenn man die handelnden nicht Beuern möchte, einfacher Menschen. Der Peppe, der schon manches für die Kultur der Böller getan hat, tut auch hier wohl daran, das Ende der sozialistischen Weltindice zu verbieten. Schon von wegen des durch Theater“ dieser Art hinlanglich verfehlten Geschmackes.

Diese Otterburg spielt in dem Stiel den weiblichen Teufel. Und sie macht aus der Schönheitserin einen Menschenpappo fest einen Menschen. Aber sie kann es sich doch nicht verneinen, mit dem Bericht ins Publikum zu trudeln und manchmal noch darüber hinaus für das Publikum zu spielen. Dennoch bleibt ein Eindruck von ihrer Gestaltung, der den Abend nicht verloren macht. Bleibt, nicht nur im Bildosten, ein Welt, das nach Wind und Wetter zieht. Bleibt dieser Schrei der Angst und des Hungers nach dem Leben, in das sie sich schwins gewünscht sieht, noch ebenso zu erfahren, was es für ein Ding um die Muscheln von Männerarten und Römerherren ist. Bleiben ein paar Einzelcharaktere des homo sapiens-Tieres, das vom Paradies bis heute keine Weisheit verkleidet, wenn es einmal anders ist. (Die Frauen mögen mit dieses Werk verkehren.) Diese Otterburg, bei all ihren Säulen, die sie nach vor der Provinz an sich tragen, ist in Rollen dieser Art ganz erstaunlich. Der Dramaturg des Demokratischen Theaters sei noch froh in der Provinz herumzulaufen, die uns die Orientierung ebensoviel verleiht, wie es auswärtige Säulen sie. Sie soll hauptsächlich spielen! Die Rolle kann, die hohe Stellung des Hauptmanns herum-

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Auf die Lebensmittelkarte:

- a) 250 Gramm Haferflocken zum Preise von 1,80 Mk. für das Pfund: Marke 33 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene, sowie Marke 37 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.
- b) 250 Gramm Gerstengröße zum Preise von 95 Pf. für das Pfund: Kinderkarte Marke 33 A in Danzig, und Marke 37 A in den Nachbargemeinden.

- c) 500 Gramm Marmelade zum Preise von 2,- Mk. für das Pfund: Marke 34 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene, sowie Marke 38 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.

- d) 125 Gramm Kunsthonig zum Preise von 1,50 Mk. für das Pfund: Auf die Marke 198 der Nahrungshauptkarte A, B und C.

Die vereinnahmten Hauptmarken sind auf Markenbogen ausgeklebt der Nahrungskartenstelle, Wiedenkaerne, Fleischergasse, Flügel B, Zimmer 18 zwecks Erstattung des Differenzbetrages einzureichen.

2. Auf die Lebensmittelzulahkarte:

- 250 Gramm Zwieback zum Preise von 4,- Mk. für das Pfund: Auf die Marke 17 der Danziger Lebensmittelzulahkarte für Leute über 80 Jahre, erhältlich in den Verkaufsstellen für Krankenernährung.

Die für Zwieback vereinnahmten Marken sind der Nahrungskartenstelle, Wiedenkaerne, Fleischergasse, Flügel B, 1 Treppe, Zimmer 18, einzureichen.

Die Einreichung der übrigen vereinnahmten Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 10. September 1920. (2247)

Der Magistrat.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen

Am Sonnabend, den 11. September, werden abgesetzt:

in der

Anagabstelle: Mädchenschule Fenzlgraben:

Knabenbüro Baumgärtnerische Gasse, Eingang Kehrwiederbergasse:

Rechtstadt. Mittelschule Gertrudengasse:

Mädchenschule Langfuhr, Bahnhofstraße: Mädchenschule Langfuhr,

Bahnhofstraße: Poladowskyweg.

In der Hilfsausgabestelle Mädchenschule Meldengasse 61 werden an diesem Tage die Haushaltungen der Straßen abgesetzt, die bereits zur Abholung aufgerufen worden sind, aber ihre Hauptmarkenbogen noch nicht in Empfang genommen haben.

Die allen Nahrungshauptkarten mit Markenbogen, sowie die Ausweise sind vorzulegen.

Die Dienstmarken sind von 8-2 Uhr.

Danzig, den 10. September 1920. (2248)

Der Magistrat.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Sonntag, den 12. September 1920, Anfang 8 Uhr
Dauerkarten haben keine Gültigkeit

Neu einstudiert:

Faust

Der Tragödie erster Teil von Goethe.
Montag, den 13. September 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1 Zum ersten Mal
Vorverkauf für die Vorstellungen am Sonntag und Montag beginnt Freitag, den 10. September, vormittags 10 Uhr.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Bansmann.
Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstdorf.

Heute Freitag, den 10. September
abends 7½ Uhr

Glück bei Frauen

Operette in 3 Akten von Alexander Engel und Julius Horst.

Gesangstexte von Louis Tautstein.

Musik von Martin Knopf.

Sonnabend, den 11. September

Glück bei Frauen

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr
bei Kodlin, Langemarkt 23 und von
10-5 Uhr im Warenhaus Freymann.

Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Pariere-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Uhr. Kasseneöffnung 6

Uhr. Kasseneöffnung 6